Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. – Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort: Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 283 — Donnerstag, den 1. Dezember 1921. — 44 Jahrgang

Neustes vom Tage.

Deutsche Bankleute verhandeln in Paris über den gemeinsamen Aufbau Rußlands.

Rußland will von uns Geld haben gegen Ausbeutung von Landwirtschaft, Bergbau und Industrie.

Die Unter-Ausschüsse der deutsch-polnischen Verhandlung werden sämtlich in Oberschlesien selbst beraten.

Gegen die Preistreiberei soll künftig mit Anprangerung der Wucherer-Namen vorgegangen werden.

Die britische Regierung plant angeblich einen Abbau der militärischen „Sanktionen".

Im preußischen Landtag wurde gestern die Wohnungsnot und die Jugendpflege besprochen.

Der Wohlfahrtsminister wendet sich gegen die zunehmenden „Wohltätigkeits"-Vergnügungen.

Vom englischen Finanzminister wird ein deutsch-englisch-französisches Wirtschafts-Bündnis vorgeschlagen.

Zwischen Berlin, London und Paris schweben Stundungspläne für die deutsche Kriegsbuße.

In Portugal ist der Sowjetismus soweit gediehen, daß die Verbandsmächte einschreiten wollen.

Die Entscheidungstunde in Washington.

Die Abrüstungs-Konferenz in Washington nähert sich ihrer entscheidenden Stunde. Der schöne Auftakt, mit dem sie begonnen, droht mehr und mehr in Mißstimmung, ja in offenkundige Gegensätzlichkeit zu treten. Die Franzosen, die anfänglich den immerhin für sie schönen Erfolg Briands in der Abrüstungsfrage erzielt hatten, sahen sich plötzlich dem neuen amerikanischen Plan gegenüber, Deutschland zur Washingtoner Konferenz hinzu zu ziehen. Viviani, der Vertreter Briands, wendet sich mit aller ihm zu Gebote stehenden Energie gegen diesen Plan, wie er sich auch schon in Genf in der Völkerbundsversammlung seinerzeit dem Eintreten Deutschlands in den Völkerbund widersetzt hat. Ob und mit welchem Erfolg steht noch dahin, aber sicherlich ist die Position Frankreichs in Amerika nicht mehr so stark wie in Genf. Das verschnupft Frankreich natürlich sehr und so schimpft die französische Presse zwischendurch redlich drauf los und sucht auch Amerika klar zu machen, daß, wie zum Beispiel St. Brice im „Journal" erklärt, „Deutschland in Washington nichts zu suchen habe und überdies durch das Erscheinen der deutschen Delegation alle europäischen Streitfragen auf der Konferenz notwendig werden, mit denen sich Amerika bekanntlich nicht beschäftigen will."

Besonders nervös sind die Pariser Zeitungen, welche die Ankunft Lloyd Georges in Amerika erwartet haben, weil dann Briand, sein Gegenpol, nicht mehr anwesend sein wird. Man befürchtet eben mit Recht, daß die Revision des Versailler Vertrages und noch früher vielleicht die der Reparationsschulden, wenn auch nicht öffentlich, so doch in einer Weise zur Sprache kommen, die sie auf einer baldigen neuen Finanzkonferenz so gut wie durchsetzen wird. Hierfür spricht nicht nur die Haltung Englands, sondern auch die Italiens. Beide Verbündeten haben allen Grund, gegen Frankreich verstimmt zu sein, da seine Tyrannei sich immer mehr mit brutaler Gewalt offenbart, gegen England im Orient, gegen Italien im Mittelmeer. Wenn auch die Auslassungen Briands gegen den italienischen Vertreter in Washington stark übertrieben sein mögen, so enthält die Meldung des „Daily Telegraph" über diesen Zwischenfall doch den Kern der Wahrheit, daß ein Konflikt zwischen den Vertretern Frankreichs und Italiens in Washington bestanden hat, der auch durch Dementis, wie Vivianis, nicht so ohne weiteres aus der Welt geschafft werden kann. Die Folgen dieses Konfliktes sieht man ja übrigens schon in den französenfeindlichen Zeitungen in Italien und in dem Rücktritt des französischen Botschafters, Barrere, in Rom. Italien ist durch den Flottenplan Briands unangenehm überrascht und hält seinerseits an dem Standpunkt fest, daß seine Flotte der Frankreichs gleichkommen müsse.

Dazu kommt noch der amerikanische-chinesisch-japanische Konflikt über die Flottenabrüstung und die Frage des fernen Ostens. Die Japaner sträuben sich gegen das Schlachtschiffverhältnis von England, Amerika und Japan mit 5 : 5 : 3, und wollen 10 : 10 : 7. Ja, den Nachrichten aus Washington zufolge, war die Krisenstimmung schon so weit, daß die Japaner überhaupt nicht weiter verhandeln wollten und nur den Vermittlungsversuchen der Engländer zu verdanken ist, daß sie noch blieben. Wenn auch mit der Uebernahme der Regentschaft durch den japanischen Kronprinzen gewissermaßen ein Einlenken Japans in der Flottenabrüstungsfrage erwartet wird, so steht es doch noch nicht fest, ob nicht die früher mächtige Hofpartei, die von einem Nachgeben nichts wissen will, den Sieg davon tragen wird. So muß es sich denn heute oder morgen entscheiden, ob die Abrüstungskonferenz mit Erfolg oder mit einem Fehlschlag endet.

Verschleppungs-Taktik

Wie Pariser „Petit Journal" aus Washington meldet, empfindet man in amerikanischen Kreisen Erstaunen darüber, daß sich die europäischen Vertreter bereits zur Rückreise anschicken. Eine dem Staatsdepartement nahestehende Persönlichkeit habe ihm erklärt, die amerikanische Regierung sei davon überzeugt, daß jede **Verschleppung** der Arbeiten der Konferenz gefährliche Folgen haben könnte und daß sie darauf bestehen werde, daß wenigstens die Amerika direkt interessierenden Probleme geordnet werden. Besonders wichtig seien folgende vier Punkte:

1. das Abkommen über die Flottenbaupause;
2. die Auflösung des japanisch-englischen Bündnisses;
3. die Verpflichtung Japans, Schantung zu einer festgelegten Frist zu räumen, und
4. dieselbe Verpflichtung für die Mandschurei.

Auf eine Einwendung des Berichterstatters betonte sein Gewährsmann, daß man sich täusche, wenn man glaube, Amerika werde sich mit halben Lösungen begnügen, und wenn die Konferenz zwei Monate dauern müsse. **Amerika wolle unter allen Umständen entweder wirkliche Friedensgarantien oder aber seine volle Freiheit haben.**

Der neue europäische Dreibund.

Ein englischer Gedanke.

Der britische Finanzminister **Churchill** hielt Dienstag abend in London eine Rede auf einem Festessen der Unterseebanken.

Die auswärtige Politik löse sich in ein **Dreiländer-Abkommen** zwischen Amerika, Großbritannien und Japan zur Sicherung der friedlichen Entwicklung im Stillen Ozean auf. Dieser Plan sei durch die Washingtoner Konferenz gefördert worden. Es sei jedoch ein weiteres Dreiländerabkommen für Europa notwendig, nämlich ein gutes Einvernehmen und eine freundschaftliche Vereinigung zwischen

Großbritannien, Frankreich und Deutschland

für die Wiederherstellung Europas und die neue Schaffung der geschwundenen finanziellen Wohlfahrt Europas. (Beifall.) Zweifellos würden manche Leute sagen: „Wie eitel und einfältig sind solche Gedanken. Eine solche Vereinigung ist aussichtslos." Churchill erklärte, eine solche Vereinigung sei jetzt notwendig, um den Schwierigkeiten und Gefahren der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Europas zu begegnen. Ob es auch schwer sei, diese Vereinigung zustande zu bringen, der Weg Großbritanniens müsse z. Zt. folgerichtig und beharrlich auf dieses Ziel hin verfolgt werden. Man wird sich auf Kosten Frankreichs mit Deutschland nicht anfreunden. England hat zuviel in der heiligen Erde Frankreichs verpfändet, um sich in seiner Freundschaft mit der großen französischen Nation stören zu lassen. Die Einsicht des französischen Volkes werde im Laufe von wenigen Jahren, und vielleicht sogar in ganz kurzer Zeit, zu der Erkenntnis führen, daß nur ein gedeihendes und zufriedenes

Deutschland zur Wiederbelebung

und Erneuerung der Wohlfahrt und des Ruhmes Europas beitragen werde. All das unsinnige Gerede, das gemacht worden sei, und zwar nicht nur von Politikern in ihren Wahlreden, sondern von ernsten Finanzleuten (Gelächter) und erlauchten Mitgliedern des Gerichtsstandes über die Eintreibung von 12 oder vielleicht auch 20 Millionen Pfund Sterling aus Deutschland sei ersetzt worden durch eine viel praktischere Veranschlagung. Es sei erfreulich, daß die einfache, elementare Tatsache, daß Zahlungen von einem Land in andere Länder in großem Umfange ausgeführt werden können in Form von

Waren- oder Arbeitsleistungen,

von den Sachverständigen in den verschiedenen Ländern anerkannt werde. (Lachen und Beifall.)

Zur finanziellen Gesundung Deutschlands

Deutscher Bankierbesuch in Paris.

„Chikago Tribune" meldet, daß Herr v. Mendelsohn, der deutsche Bankier, und Herr v. Weinberg aus Frankfurt a. M. in Paris eingetroffen seien. Man erzählt in Paris, daß sie mit französischen industriellen und finanziellen Kreisen in Verbindung treten wollen, um die Teilnahme französischen Kapitals bei der Ausbeutung Rußlands in Anspruch zu nehmen.

Simon statt Simons.

Die Reise des früheren Wiederaufbauministers Dr. Rathenau nach London wird bestätigt. Die Meldung von einer Londoner Reise des früheren deutschen Außenministers Dr. Simons, die mit der Reise Rathenaus in Verbindung gebracht worden war, trifft aber nicht zu. Es handelt sich um eine Personen-Verwechselung, und zwar um den Begleiter Rathenaus, einen Herrn Simon, einen früheren Beamten des Wiederaufbauministeriums.

Ein Weltfinanztag?

Einer Reuter-Meldung aus Washington zufolge ist Präsident Harding der Ansicht, daß nach der Regelung der augenblicklichen Fragen ein ernster Versuch unternommen werden müsse, um ein Uebereinkommen bezüglich der Konferenzen zu erzielen. Die Erörterung dieses Planes rücke der Vorschlag in den Vordergrund, daß sämtliche Fragen der Weltfinanzen, insbesondere Kriegsschuld und die Wiederherstellung der bankerotten Länder auf einer künftigen Konferenz erörtert werden sollen. Es besteht Grund zu der Annahme daß derartige Vorschläge der amerikanischen Vertreter vom Präsidenten Harding günstig aufgenommen worden sind.

Rußland will sich gesund machen.

Aber Deutschland soll helfen.

Der Vertreter der russischen Regierung in Berlin machte einem Presse-Vertreter folgende Ausführungen:

„Der deutschen Industrie und dem deutschen Kapital eröffnen sich nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch in den mit Sowjetrußland engverbundenen Nachbarstaaten große Betätigungs-Möglichkeiten durch die Erwerbung von Konzessionen und durch Warenlieferungen. Als Konzessionen kommen in erster Linie

landwirtschaftliche Betriebe

in Betracht, die auch den größten Nutzen zu geben versprechen. Es können größere Landflächen zur Ausnutzung vergeben werden, die mit eigenen Maschinen des Konzessionsinhabers bearbeitet werden müssen. Ein Teil der Erträge soll als Naturalabgabe an die Sowjetregierung gehen. Nach Ablauf des Pachtvertrages wird die Sowjetregierung dann das Material nach Maßgabe der Konzessions-Bedingungen übernehmen. Derartige Konzessionen können vergeben werden im Wolgagebiet, Sibirien, Südrußland. In Betracht kommen ferner

Bergwerks-Konzessionen

zur Ausbeutung von Kohle, Metall, Anthrazit, Asbest usw., sowie Naphtha im Uralgebiet, Sibirien, der Ukraine, im Kaukasus und am Kaspischen Meer. Ferner sind **Waldkonzessionen** zu erwerben in Nordrußland, Sibirien sowie Westrußland. Außer diesen Konzessionen, die naturgemäß für Angebote großer Bank- und Industriekonzerne in Betracht kommen, können auch Konzessionen zur

Gründung neuer Industriewerke

oder Verpachtung bereits bestehender vergeben werden, beidenen auch kleinere Unternehmen in Frage kommen können. Die deutsche Industrie wird endlich durch den Verkauf ihrer Fertigfabrikate an die Sowjetregierung Geschäfte machen können. Bei der schwierigen ökonomischen Lage Rußlands ist für eine ausgedehnte Entwicklung eines derartigen Handelsverkehrs die

Gewährung von Krediten

Bedingung, da grade die einzuführenden Fertigfabrikate die Gewinnung der Rohprodukte für den Export wieder in Fluß bringen sollen."

Der Kampf gegen die Teuerung.

Das Reichskabinett beendete seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage. In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die

Veröffentlichung sämtlicher Verurteilungen

wegen Schleichhandels und Preistreibereien durch die Presse vorschreibt. Bei Verurteilung wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung **durch Anschlag** vorgesehen. Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden

Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen,

wie sie sich in manchen Städten bereits frei gebildet haben. Diesen Kommissionen sollen neben **Vertretern der Verbraucher** auch Vertreter der **Gewerkschaften** angehören. Die Preisprüfungsstellen werden alsbald Anweisungen zu entschiedenem Vorgehen gegen den Wucher erhalten. Zur Besserung der

Milchversorgung

werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920 auf 1921 **400 Millionen Mark** bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besondere Not leidet.

Preußischer Landtag.

Berlin, 30. November. Das Haus setzt die Debatte über den Haushalt der **Volkswohlfahrt** ort.

Abg. **Meyer** (Soz.) bespricht die

Wohnungsnot.

Er teilt die Anschauung des Ministers, daß eine Freigabe der Wohnungen die Bautätigkeit nicht beeinflussen werde, und bittet, den Wohnungsbau durch Aufhebung noch hemmender polizeilicher Bestimmungen zu fördern. Im übrigen tritt er für Ausdehnung des Flachbaus anstelle des Stockbaus ein und bittet, dafür zu sorgen, daß die Mietzuschüsse möglichst gemeinnützigen Gesellschaften, nicht Privaten zufließen. Jedenfalls solle das Ministerium in den bewährten Bahnen des Mieterschutzes fortfahren.

Frau Abg. Dr. **Lauer** (Ztr.) schließt sich den Klagen über die Wohnungsnot an und bittet den Minister, auf dem bisherigen Wege der Fürsorge fortzufahren trotz der finanziellen Schwierigkeiten. Bei der Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern habe die soziale Fürsorge rasche Fortschritte gemacht. Der Wiederaufbau sei nur mit ihrer Hilfe möglich, werde aber erst in der künftigen Generation abgeschlossen werden können.

Abg. **Stuhrmann** (D. N.) tritt für Professor Brunner und seine Kämpfe um eine neue Sittlichkeit ein. Die Wohnungsnot sei nicht etwa nur eine Mieternot, sondern auch eine **Hausbesitzernot.** Bei der Erwerbsnot der Hand- und Kopfarbeiter handele es sich nicht nur um eine wirtschaftliche Erwerbsnot, sondern auch um sittliche Probleme, indem ganze Familien zerrüttet würden. Hier bilde sich ein

tüchtiger sozialer Stand,

das wirkliche Proletariat, heraus und schaffe uns ein neues Volksproblem für die soziale Reform.

Abg. **Engberding** (D. V.): Da das im Grundbesitz angelegte Kapital eine mäßige Verzinsung bringen muß, so müssen die Mieten unbedingt erhöht werden. Gegen die Sozialisierungs-Bestrebungen des Abg. Geier erklärt er sich ganz entschieden. Der Mieterrat macht den Hausbesitzern so schon das Leben schwer genug.

Abg. **König** (Komm.) begründet einen Antrag auf Beschlagnahme der Wohnungen, namentlich der Schlösser, Klöster, Villen usw., Sozialisierung der für die Beschaffung des Rohmaterials für Neubauten erforderlichen Betriebe und Errichtung von Wohnungen auf Staatskosten im Gartenhausstil unter dem Ausschluß privater Bauunternehmer, eventueller Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes usw.

Abg. **Weil** (U. S. P.) begründet einen Antrag auf Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit und auf Aufhebung des Gesetzes über die ärztlichen Ehrengerichte. Redner tritt für die Vermehrung der Kreisärztestellen und für das **bißchen Mieterschutz ein, das wir noch haben.**

Abg. Höpker-Aschoff (Dem.): Auch wir erwarten von der Freigabe des Wohnungsbaues keine Belebung der Bautätigkeit, aber wir möchten den Boden für die freie Bautätigkeit durch die Beseitigung aller anderen Hemmungen ebnen. Die Wohnungsabgabe ist notwendig. Nur so können die Mittel für die Belebung der Bautätigkeit aufgebracht werden. Redner begründet sodann einen Antrag, mit größter Beschleunigung einen Entwurf zu einem Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz vorzulegen.

Abg. **Quaet-Faslem** (D. N.) begründet zur Hebung der Volkswohlfahrt mehrere Anträge auf Hebung der körperlichen Ausbildung unserer Jugend durch Anlage von Spielplätzen durch Kreise und Gemeinden mit Hilfe staatlicher Zuschüsse, sowie auf Anwendung der im Kapitel Jugendwohlfahrt vorgesehenen Mittel auch für nervöse Kinder.

Abg. Frau **Ege** (Soz.) begründet eine große Anzahl von Anträgen, die z. T. in der Fürsorge für Kinder und Kranke noch über die Forderungen des Ausschusses hinausgehen.

Abg. Frau **Pöhlmann** (D. V.) legt zwei Anträge vor, deren einer 150 000 Mark zur Förderung der sozialen Fürsorge für die erwachsenen Friedensblinden fordert.

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.) begründet ebenfalls mehrere Anträge, die auf Errichtung von Schwangeren- und Entbindungsheimen und Kinderhorten abzielen, das Gesamtwohlfahrts- und Fürsorgewesen einheitlich zusammenzufassen und auf alle dauernd in Deutschland Ansässigen auszudehnen. Insgesamt vertrat sie 32 Anträge.

Minister **Hirtsiefer:** Professor Brunner bearbeitet im Wohlfahrtsministerium einzelne Zweige der Jugendpflege. Sein Kampf gegen Schmutz in Wort und Bild falle unter die Kompetenz des Innenministeriums und des Berliner Polizeipräsidiums. Das Hebammengesetz werde mit größter Beschleunigung vorgelegt werden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 6. Dezember.

Die neue Kraftfahrzeug-Steuer.

Bis 1½ PS. steuerfrei!

Der Reichstagsausschuß für Verbrauchsteuern behandelte den Entwurf eines Kraftfahrzeug-Steuergesetzes.

Da die Beförderungsteuer bereits die Beförderungen in weitem Umfang ergreift und nunmehr auch die Steuer für Kraftfahrzeuge bedeutend erhöht wird, ist es auch nach Ansicht der Regierung erforderlich, die Steuer auf Kraftfahrzeuge, die der gewerbsmäßigen Personenbeförderung dienen, und auf Last kraftwagen auszudehnen, die bisher steuerfrei waren. Die elektrischen Wagen sollen nur halb so hoch besteuert werden, wie die Verpuffungsmotor-Fahrzeuge. Nach ausgedehnter Debatte beschloß der Ausschuß, die sogenannten Kleinkrafträder von jeder Steuer zu befreien.

Sonstige Krafträder sollen nach den Beschlüssen des Ausschusses folgendermaßen versteuert werden: Bis 1,5 Steuer-PS. 100 Mark, über 1,5 bis 3 PS. 150 Mk., über 3—3,5 PS. 200 Mk., über 3,5—4 PS. 275 Mk., über 4 PS. 350 Mk.

Für Kraftwagen wurden folgende Steuersätze beschlossen (mit Ausnahme der Kraftomnibusse): Für jede Pferdestärke oder einen Teil davon von dem ersten PS. 140 Mk., von den nächsten vier PS. 170 Mk., von den nächsten vier PS. 200 M., von den weiteren PS. 270 Mk. Bei Kraftomnibussen und Lastkraftwagen wurde je nach dem Eigengewicht des betriebsfertigen Kraftfahrzeuges ein Steuersatz von 300—200 Mk. beschlossen. Elektrische oder mit Dampf betriebene Lastkraftwagen sowie Zugmaschinen ohne Güterseiteräume sind je nach ihren Eigengewichten von 150—1000 Mark zu versteuern.

Aus dem Reiche.

England gegen die militaristische Vergewaltigung.

In einem Leitartikel macht der Pariser Temps die wichtige Mitteilung, daß die englische Regierung an die Botschafterkonferenz eine Note richtete, worin sie von der Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen am Rhein spricht und die Verringerung der militärischen Kontroll-Organisationen in Deutschland fordert.

Die oberschlesischen Ergebnisse von Genf.

Die Verhandlungen in Genf haben nunmehr dazu geführt, daß die Tagungsorte für die verschiedenen Unter-Ausschüsse festgelegt worden sind. Diese Kommissionen werden sämtlich in Oberschlesien selbst ihre Verhandlungen führen und zwar in Kattowitz, Hindenburg, Oppeln und Beuthen. Sechs Kommissionen tagen in Orten, die in bei Deutschlands verbleibenden Teilen Oberschlesiens liegen, fünf im polnischen Abtrennungsgebiet. Maßgebend für diesen Beschluß der Bevollmächtigten war die Tatsache, daß sich die sämtlichen Verhandlungs-Gegenstände auf technische Fragen beziehen, die nur an Ort und Stelle erörtert werden können.

Die Aufruhrschäden in Oberschlesien.

Der interalliierte Ausschuß in Oppeln hat noch immer nicht die Regelung der im oberschlesischen Abstimmungsgebiet während der Besetzungszeit durch die polnischen Putsche der Bevölkerung zugefügten Schäden vorgenommen. Der interalliierte Ausschuß als zeitweiliger Inhaber der Souveränitätsrechte in Oberschlesien hatte die Pflicht, die polnischen Putsche zu verhindern; er ist daher für den Ersatz der durch die Nichtverhinderung entstandenen Schäden verantwortlich. Da in nicht zu ferner Zeit mit der Auflösung des interalliierten Ausschusses zu rechnen ist, hat sich, wie wir hören, das preußische Staatsministerium an die Reichsregierung gewandt und um sofortige Einsetzung entsprechender diplomatischer Schritte gebeten.

Regelung der Sonntagsruhe.

Im Reichsarbeitsministerium ist ein neuer Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsruhe ausgearbeitet worden. Er enthält gegenüber der bestehenden Regelung bedeutende Veränderungen, da er die Zahl der Ausnahmesonntage allgemein auf zwölf erhöhen will und außerdem für die weiteren Verwaltungsbehörden das Recht vorsieht, für zwei weitere Sonntage im Jahre, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr für alle oder einzelne Geschäftszweige notwendig machen, eine Beschäftigung bis zu sechs Stunden zuzulassen. Nach dem gegenwärtigen Zustand sind im Höchstfalle zehn Ausnahmesonntage zulässig.

Lustbarkeit unter dem Deckmantel der Wohltat.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat den Staatskommissar für Wohlfahrtspflege in Preußen und die Oberpräsidenten beauftragt, das Augenmerk auf jene Veranstaltungen zu richten, die unter dem Aushängeschild des wohltätigen Zweckes sehr oft nichts anderes als laute, mit Vergnügen verschiedener Art verbundene Feste sind, bei denen wegen der hohen Kosten der wohltätige Zweck meist schlecht abschneidet. Solche Veranstaltungen, heißt es in dem Erlaß des Wohlfahrtsministers, dienen nicht nur der Genußsucht, sondern in sehr vielen Fällen in noch höherem Maße der Gewinnsucht geschäftsführender Persönlichkeiten. Der Minister ersucht die Oberpräsidenten deshalb, künftig in der Regel die Genehmigung bei Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken zu versagen, die mit kostspieligem Festessen oder anderen, der Not der Zeit und den sozialen Zwecken widersprechenden Vergnügungen z. B. mit Tanz verbunden sind.

Ausland.

Portugal.

Bolschewistische Gärung.

„Times" erfahren, daß der Bolschewismus sich über das ganze Land verbreitet. Die Konservativen und die gesamten Parteien erklärten, sie seien nicht in der Lage, der radikalen Bewegung Herr zu werden. Die meisten Gesandten der ausländischen Mächte haben Briefe erhalten, in denen ihr Leben bedroht wird. Den „Times" zufolge wird die Frage einer ausländischen Intervention in Form eines Mandats ernstlich erwogen. Frankreich, Italien und Spanien sollen zugunsten einer Lösung der augenblicklichen Krise in Frage kommen.

China.

Selbständiges Postwesen.

Die Vertreter der neun Mächte auf der Washingtoner Konferenz versammelten sich im zweiten Ausschuß und nahmen eine Entschließung an, worin sie auf das Vorrecht eigener Postämter in China am 1. Januar 1923 verzichten. Der Vertreter Japans forderte die notwendige Zeit, um Anweisungen von seiner Regierung einzuholen.

Kurze Nachrichten.

Im Auftrage des Reichskanzlers hat der deutsche Gesandte im Haag dem holländischen Ministerium den Dank ausgesprochen für den gastlichen Empfang deutscher Studenten, die sich in Holland aufgehalten haben.

Die Verhandlungen bezüglich des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrages haben am Montag in Bern begonnen.

Unter Vorsitz des Staatsministers a. D. von Schorlemer wurde in Berlin ein Verband deutscher Landkreise gegründet der die Interessen der ländlichen Gemeindeverbände bezw. Betriebsverbände und Aemter bei der Reichsregierung vertreten soll.

Heute früh ist die erste Nummer der neuen Berliner Tageszeitung „Die Zeit" erschienen. Das Blatt wird von dem früheren Chefredakteur der „Täglichen Rundschau" Heinrich Rippler herausgegeben und dient den Interessen der Deutschen Volkspartei

Heute treten die Danziger Eisenbahnen unter polnische Verwaltung.

Eine Zwangsanleihe für alle Wohnungsinhaber der Tschechei wird von der Prager Regierung zur Hebung der Bautätigkeit geplant. Für jedes Zimmer ist ein bestimmter Satz zu zeichnen. Die Anleihe wird zu 6 Prozent verzinst und kann in 50 Jahren zurückgezahlt werden.

Nach einer Mitteilung aus Helsingfors wird die Sowjet-Regierung von Neujahr an ihre Währung in der Weise neu regeln, daß 10 000 Rubel der jetzigen Währung soviel gelten wie ein neuer Rubel.

Aus Stadt und Land.

Geveisberg, den 1. Dezember.

Geldgeschäfte eines Hochstaplers.

Germann u. Co. in Heilsberg i. Ostpr. bieten z. Zt. durch zahllose Vertreter Geld an. Der Inhaber der Firma ist ein völlig mittelloser Arbeiter. Er leitet die Darlehnsgesuche an die bekannte Darlehnsfirma Wieland u. Co. in München weiter, gegen deren Inhaber das Strafverfahren wegen Darlehnsvertrages augenblicklich nicht fortgesetzt werden kann, weil er auf seinen Geisteszustand untersucht werden muß. Die Firma Wieland u. Co. ihrerseits gibt die Darlehnsgesuche an die ebenfalls höchst bedenkliche Firma J. Stehr u. Co. in Hamburg oder an den Gutsbacher Hilfsverein, eine durch zweifelhafte Darlehnsgeschäfte bekannte Genossenschaft, weiter. Geld bekommt natürlich niemals auf diese Weise ein Darlehnsucher.

„Anzeiger für Landwirtschaft und Handel."

Unter dieser Bezeichnung wird von Bremen aus eine Zeitung vertrieben, mit der eine Viehversicherung verbunden ist. Als Herausgeber ist Weinhold u. Co., Verlags- und Bankgeschäft, bezeichnet. Abgesehen davon, daß es sich bei fast allen diesen Zeitungen keineswegs um eine wirkliche Viehversicherung sondern um eine ganz beschränkte Viehunfall-Versicherung handelt, mit der dem Landwirt in den meist vorkommenden Fällen des Verlustes von Vieh infolge von Krankheit garnicht geholfen ist, ist der Inhaber auch nach seiner Wirtschaftslage und nach seiner Vorstrafe nicht dazu geeignet, ein derartiges Unternehmen in einwandfreier Weise durchzuführen. So ist er über eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten, die ihm wegen einer gelegentlich von Schiedsgerichtsgeschäften begangenen Urkundenfälschung zuerkannt worden ist. Durch das Urteil ist ihm außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt worden. Die Firma ist für die Dauer dieser Behinderung des Verbandsvorstehers „tüchtigen Reisenden" übergeben. Gewarnte werden sich bei der Hagener städtischen Schutzstelle gegen Schwindel und Ausbeutung, Bahnhofs. Zimmer 33, Fernruf 571, melden.

*

Steueraufsicht und Straßenhandel.

Vom organisierten Kleinhandel ist in letzter Zeit wiederholt über die ihm durch den in ähnlicher Weise wie der anfässige Handel restlos zur Umsatzsteuer herangezogen. Trotz aller Bemühungen war dies den Umsatzsteuerämtern bei den Verhältnissen des Straßenhandels bisher auch tatsächlich kaum möglich. Hierin soll nun eine Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 22. Oktober 1921 eine Aenderung schaffen.

Die Verordnung dehnt die bisher nur für Lieferungen im Straßenhandel bestehende Sondersteueraufsicht auch auf im Straßenverkehr gegen Entgelt ausgeführte Leistungen aus. Von dieser Bestimmung werden Schausteller, Drehorgelspieler, Schuhputzer und dergleichen Personen betroffen. Wichtiger ist aber die durch die Verordnung eingetretene Aenderung, daß nunmehr auch die bisher von einer Steuerzahlung befreiten Inhaber eines Wandergewerbescheins, und ebenso die in den Grenzen der Marktordnung am Marktverkehr teilnehmenden Personen, soweit sie nicht lediglich selbstgewonnene Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, ferner der Jagd und Fischerei feilbieten, eine Steueranzahlung zu leisten haben.

Alle der besonderen Steueraufsicht unterliegenden Personen, und das sind alle diejenigen die auf Straßen, öffentlichen Plätzen usw. gegen Entgelt Lieferungen oder Leistungen ausführen, mit alleiniger Ausnahme des Handels mit Zeitungen und Zeitschriften und mit selbstgewonnenen Erzeugnissen der vorgenannten Art im Marktverkehr, müssen daher jetzt auf die Umsatzsteuer eine Anzahlung leisten. Gegen Leistung dieser Anzahlung erhalten sie vom Umsatzsteueramt ein Straßensteuerheft, in das die Umsätze täglich einzutragen sind, und das bei Ausübung des Handels oder der Leistungen mitgeführt werden muß. Das Straßensteuerheft hat nur für das Kalendervierteljahr Gültigkeit und muß dann umgetauscht werden.

Wilde Jagd.

Roman von Alfred Wilson-Barrett.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Emil Hein.

6!) (Nachdruck verboten.)

Die gegen die Tür errichtete Barrikade hielt ganz gut aus, so daß sie selbst dem heftigen Ansturm, der seit einer Weile dagegen gerichtet wurde, widerstand. Eine eingehende Prüfung ließ jedoch noch ein weiteres Verteidigungsmittel entdecken. An den Türpfosten waren Eisenbänder befestigt, die sich in Angeln drehten. Ohne große Schwierigkeit konnte Anson diese Bänder in die an der Tür angebrachten Zapfen einhaken, so daß die Angreifer, ehe sie in das Zimmer eindringen konnten, dieses massive Gitterwerk zu durchbrechen hatten, und es war ihnen daher ganz unmöglich gemacht, mit Gewalt sich den Eintritt zu erzwingen.

Charters hatte seine Aufmerksamkeit bereits dem vergitterten Fenster zugewendet, und als Seemann hatte er sofort die Möglichkeit einer Flucht durch dieses Fenster erkannt. Als Anson zu Charters trat, konnte er aus dessen Miene erraten, daß ihre Lage keineswegs aussichtslos sei. Die Eisenstangen des Fensters waren so befestigt, daß sie das Eindringen von außen verhindern sollten, von innen waren sie aber verhältnismäßig leicht zu entfernen. Den Schlüssel dazu bildete eine einzige Schraube, die das mittlere Eisenband an seinem Platze festhielt, und man brauchte nur irgend einen Gegenstand, der als Handhabe dienen konnte, die Schraube zu lockern, und man konnte das ganze Gitter entfernen. Dieses notwendige Werkzeug hatte Charters bald unter dem Eisengerüste, das die Buddhastatue aufrecht gehalten hatte, gefunden.

Während er eifrig an der Entfernung des Gitters arbeitete, war Anson emsig bemüht, die verschiedenen Draperien, die er im Zimmer finden konnte — zum Glück war die Buddha gutgeteilte Ecke mit Vorhängen und Gardinen verschwenderisch ausgestattet — in Streifen zu zerreißen, die er an den Enden zusammenknüpfte, um ein Seil daraus zu machen. Mit ihrer Aufgabe wurden sie ungefähr zur gleichen Zeit fertig.

„Endlich!" sagte Charters; er wendete sich um und wischte sich den Schweiß von der Stirne, „wir können hindurch!"

„Und damit," sagte Charters, als er mit unmutigen Blicken auf Durands Leichnam sah. „Er war ein feiner Mensch, aber er hat auch seine guten Eigenschaften gehabt und er ist, wenn schon gar nichts für ihn spricht, doch unser Landsmann, er ist ein Engländer."

„Ich kann Ihre Gefühle erraten," sagte Anson verlegen. „Es ist allerdings hart, ihn daraufzulassen. Aber was sollen wir tun? Wir dürfen hier nicht länger verweilen," fügte er mit einem Blicke nach der Tür hin u. die unaufhörlich bestürmt wurde, und ein verdächtiges Krachen ließ merken, daß sie anfang nachzugeben.

„Ich weiß, was ich tue," sagte Charters. „Nehmen Sie ein halbes Dutzend Opale; nicht die schönsten, aber gute Steine."

Während Anson diesen Auftrag ausführte, kritzelte Charters eiligst einige Zeilen auf ein Blatt Papier, das er zusammen mit den Opalen Durond auf die Brust legte, nachdem er den Leichnam in die von der Tür entfernteste Zimmerecke gelegt und ihm zu Häupten vier angezündete Kerzen gestellt hatte.

Die von Charters niedergeschriebenen Zeilen lauteten:

„Achtet diesen Leichnam eines Engländers, und seine Freunde werden ein Lösegeld dafür zahlen, das Ihr zu schätzen wissen werdet."

Schweigend ersetzten Charters und Anson noch einmal die Hand des Toten. Zehn Minuten später hatten sie mit ihrer Beute das Boot erreicht.

Es war ziemlich spät am Morgen, als sie in Colombo anlangten, und Steele nicht nur durch den Umstand, daß sie frisch und gesund zurückkehrten, überraschten, sondern auch damit, daß sie ihr den Sack mit den Opalen wieder in den Schoß legten. Es brauchte nicht erst gesagt zu werden, daß sie es für ratsam fanden, die mannigfachen Gefahren, die sie durchgemacht hatten, um die Steine wiederzuerlangen, vorderhand vor ihr geheimzuhalten.

Anson und Charters hätten im Schiffe Erfrischung finden können, wenn sie nicht entschlossen gewesen wären, sich nicht früher Ruhe zu gönnen, ehe sie die Steine nicht sicher in der Bank untergebracht hatten.

Der Zufall, daß am selben Morgen das Schiff „Europa" in den Hafen eingelaufen war, änderte ihre Pläne.

„Dort liegt unsere Sicherheit, Junge," sagte Charters munter. „Kapitän Eyrecourt von der „Europa" ist ein sehr guter Freund von mir, und er wird uns schon helfen. Wir stecken die Opale wieder in den Sack, gehen damit zum Schiff und lassen sie im Kassenzimmer aufbewahren, und kein Priester von Ceylon vermag dann, zu den Steinen zu gelangen."

Anson gab seine Zustimmung zu diesem Plane, da es so am besten war, ihn auszuführen. Sie gelangten ohne widrigen Zwischenfall auf das Schiff, wo sie sofort in die Kajüte des Kapitäns geführt wurden, der Charters herzlich begrüßte.

„Sie sagen, daß Sie meine Hilfe benötigen, Charters," sagte der Kapitän nach den ersten wenigen Minuten allgemeiner Konversation. „Was kann ich für Sie tun?"

„Ich möchte nur gern ein Vermögen in ihrem Kassenraum aufbewahren. Colombo ist nicht der Ort, wo man es sicher mit sich herumtragen kann."

Kapitän Eyrecourt lachte. Unser Charters Freunden war es allgemein bekannt, daß ihm die launische Glücksgöttin sehr übel mitgespielt hatte, und Eyrecourt hielt Charters' Wunsch daher für einen faulen Witz. Doch als dieser den Sack öffnete, riß der Kapitän die Augen auf.

„Beim Himmel!" rief er, „es ist wirklich Ernst."

Als die Steine in sicheres Gewahrsam gebracht worden waren, stieß er oft Ausrufe der Verwunderung aus, während er Charters Erzählung lauschte.

(Fortsetzung folgt.)

Eine weitere und wichtigste Neuerung bringt die erwähnte Verordnung die Vorschrift, daß die Straßenhandler, welche Lieferungen ausführen, also waren verkaufen, auch ein besonderes Einkaufsheft führen und dies ebenfalls stets bei sich haben müssen. In dieses sind alle Einkäufe für den Verkauf bestimmten Waren einzutragen mit dem Datum des Eingangs und unter Angabe von Art, Menge, Höhe des Einkaufspreises und genauer Bezeichnung der Lieferfirma. Diese Eintragungen sollen möglichst durch Einkleben von Rechnungen beweiskräftig gemacht werden. Die sachgemäße Führung des Einkaufsheftes wird seitens der Polizei über den Straßenhandel ausübenden Beamten kontrolliert.

Die Verordnung des Reichsministers der Finanzen ist bereits am 1. November 1921 in Kraft getreten. Die für eine Steueranzahlung neu hinzukommenden Personen, wie auch alle diejenigen, die zwar wohl bisher schon zur Steueranzahlung verpflichtet, diese bis jetzt unterlassen haben, werden gut tun, sich wegen Erlangung eines Straßenhandelsheftes an das zuständige Finanz- (Umsatzsteuer-) Amt zu wenden, da eine verschärfte Kontrolle der Straßensteuer- und Einkaufshefte [illegible] warten sein wird. Wer demnächst bei Ausübung des Straßenhandels betroffen wird, ohne im Besitze des Straßensteuerheftes zu sein, kann nicht nur mit einer Ordnungsstrafe bis 500 Mark genommen werden, sondern setzt sich auch der Gefahr aus, wegen Steuerumgehung zur Verantwortung gezogen werden.

*

— **Gevelsberger Heldenbuch.** Die Vereinigte Gevelsberger Kriegshilfe, welche während des Krieges bekanntlich eine reiche Liebestätigkeit entfaltete, hat den Verlag des von Pfarrer Schloemann herausgegebenen Gevelsberger Heldenbuches übernommen. Das reich illustrierte Buch, ein Ehrendenkmal der Gefallenen und Vermißten, soll zu Weihnachten erscheinen. In den nächsten Tagen werden Listen zur Vorausbestellung vorgelegt werden, um die Höhe der Auflage zu bestimmen. Der Preis des Buches ist von der Gevelsberger Kriegshilfe auf 100 Mk. festgesetzt, da die Herstellungskosten sehr groß sind. Die Familien der Gefallenen können es durch Vermittelung der Kriegshilfe für einen mäßigeren Preis bestellen, worüber noch näheres in der nächsten Woche bekannt gegeben wird. Es steht zu erwarten, daß das Gevelsberger Heldenbuch von zahlreichen Familien bestellt werden wird. Es wird eine bleibende Bedeutung haben.

— **Wasser hat keine Balken.** Eis aber auch nicht, wenn es noch so dünn ist, wie gegenwärtig. Das mußten gestern auch mehrere Kinder erfahren, die sich auf einem zugefrorenen Hammerteich an der Milspert Straße tummelten. Die Decke brach durch und zwei kleine Mädchen fielen ins Wasser. Purdelnaß konnten sie zum Glück noch ans Ufer gewinnen. Der Unfall hätte, wenn er an einer tieferen Stelle eingetreten wäre, aber auch anders auslaufen können. Die Kinder sollten sich also vom Betreten des Eises, das nicht ausdrücklich für den Verkehr freigegeben wurde, ganz fernhalten.

— **Diebstahl.** Das Dienstmädchen eines hiesigen Geschäftsmannes entwendete ihrem Arbeitgeber aus einer Brieftasche einen 100 Mk.-Schein. Das Geld konnte wieder herbeigeschafft werden.

— **Die Kartoffelversorgung.** Mit Rücksicht auf die laufenden Beschwerden, die noch immer von den Verbrauchern aus den wichtigsten Bedarfsbezirken über unzureichende Zufuhr von Kartoffeln laufen, sind die Regierungen der Länder von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ersucht worden, in den Erzeugergebieten Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern einzuleiten zu dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen. Als Preise sollen nach Möglichkeit die in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelten Angemessenheitspreise zugrunde gelegt werden. Weiter darf mit Rücksicht darauf, daß noch immer Beschwerden über von einzelnen Behörden angeordnete Ausfuhrsperren laut werden, noch darauf hingewiesen werden, daß vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Zustimmung zu dem Erlaß von Ausfuhrverboten einzelner Behörden für Kartoffeln niemals erteilt worden ist. Schadenersatzansprüche von Personen, die durch solche Ausfuhrverbote geschädigt sind, sind bereits im Prozeßwege erhoben worden.

— **Die neuen Gebührensätze der Post,** über die wir bereits in unserer Zeitung eingehend berichtet hatten, treten voraussichtlich am 1. Januar 1922 in Kraft. Der Entwurf über diese Gebührensätze ist jetzt erst dem Reichsrat zugegangen.

— **Paketverkehr mit Rußland.** Die Berliner sowjetrussische Gesandtschaft gibt bekannt, daß zwischen Deutschland und Rußland der Paketverkehr aufgenommen worden ist.

— **Kennzeichnung der Postschalter.** Um die Postschalter sucher mehr als bisher in den Stand zu setzen, den gesuchten Schalter ohne Zeitverlust und Auskunfteinholung leicht auffinden zu können, hat die Postverwaltung, einer Anregung aus Verkehrskreisen folgend, zunächst versuchsweise eine Einrichtung getroffen, die Hauptschalter größerer Postanstalten gleichmäßig durch farbige Zettel mit kurzem Schwarzaufdruck äußerlich zu kennzeichnen. Verwendet werden vorerst vier Zettel zum Ausdruck „Verrichten" „Einzahlungen", „Ausgabe" und „Telegramme", die oberhalb der Schalterfenster neben den bisher vorhandenen Schildern angebracht werden.

Veranstaltungen.

Der dritte Wintervortrag in der Aula des Realgymnasiums über Händels „Messias" am Freitag abend um 8½ Uhr verspricht einen besonderen Genuß. Redner ist der hier wohl bekannte Universitätsprofessor D. **Smend** aus Münster, dessen Vortrag von Darbietungen am Klavier und für Sologesang begleitet sein wird. Alle Freunde der edlen Musica sacra, wie sie in dem genialen Händel einen der ersten und feinsinnigsten Vertreter hat, seien auf den Vortrag besonders aufmerksam gemacht.

Milspe. Sonntag nachm. 4½ Uhr findet in der hies. Evgl. Kirche eine geistliche Musikaufführung statt, deren reichhaltiges Programm sich ganz im Rahmen der gegenwärtigen Adventzeit bewegt. Mitwirkende sind der gemischte Chor der Westdeutschen Lehrergemeinschaft in Barmen und als Solistinnen die Damen Hammel-Barmen und Katzmann-Elberfeld. Der Reinertrag der Veranstaltung fließt der inneren Mission zu.

*

Donnerstag, 1. Dezember.

Turn- und Spiel-Verein Gevelsberg: Abds. 8 Uhr Spieler-Sitzung im Vereinslokal.

Gesangverein Gemischter Chor: Abds. Probe.

Freitag, 2. Dezember:

Landwirtschaftl. Kreisverein: Nachm. 3½ Uhr: Sitzung im Märkischen Hof zu Schwelm.

Westfalen und Rheinland.

Hagen, 1. Dez. (Die Stadtverordneten) verhandelten gestern nochmals über den Neubau des staatlichen Realgymnasiums. Versammlung erklärte erneut die Bereitwilligkeit der Stadt, zu den Baukosten einen Zuschuß von 60 Prozent zu leisten, doch hält sie dies Angebot nur noch bis Ende dieses Jahres aufrecht. Die Anstalt ist 1914 aus der katholischen Rektoratschule hervorgegangen, inzwischen ausgebaut und nun in ganz unzulänglichen Räumen untergebracht. Für das Theater wurden 80 000 Mark als Wirtschaftsbeihilfe und ein monatlicher Mehrzuschuß von 60 000 Mark bewilligt. Die Bedingungen des Staates für die Uebernahme der kommunalen Polizeibeamten als Anlaß der Verstaatlichung der Sicherheitspolizei wurden angenommen. Der Oberbürgermeister wurde einstimmig beauftragt bei den staatlichen Stellen gegen diese Bevormundung Einspruch zu erheben und gesetzliche Regelung der Angelegenheit zu fordern. Die Erwerbslosen-Unterstützung wurde erhöht, Erwerbslose sind zur Zeit nicht vorhanden. Ihre Zahl betrug zuletzt 35.

* **Hemer,** 30. Nov. (Der Schatz in der Makulatur.) Auf der Zellulosefabrik Hörklingsen wurden beim Abladen von Altpapier 160 000 Mark, säuberlich in Päckchen gebunden, aufgefunden. Die ehrlichen Finder setzten die Fabrikleitung sofort von dem Fund in Kenntnis. Wie das Geld in die Papierabfälle geraten ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

* **Kierspe,** 30. Nov. (Vom Pferd erdrückt.) Gestern vorm. war Landwirt Fritz Schuster aus Wolzenburg unweit Schleifkotten hiesiger Gemeinde damit beschäftigt einen Wagen Brennholz nach Kierspe zu fahren. Schuster befand sich neben dem Pferde und hatte in einem etwas abschüssigen Gelände eine Biegung zu passieren. Hier geriet er so fest zwischen einen Baum und das Pferd, daß er nicht schnell genug aus dieser Lage befreit werden konnte. Der entstandene Druck hatte eine Lungenquetschung hervorgerufen, die den sofortigen Tod herbeiführte. Der Verunglückte, der das Gut seiner betagten Mutter verwaltete, war unverheiratet, er stand im 28. Lebensjahre.

* **Eickelborn,** 30. Nov. (Verlust für die Pferdezucht.) Die westfälische Pferdezucht hat dadurch einen schweren Verlust erlitten, daß der weitbekannte, der hiesigen Provinzial-Gutsverwaltung gehörige Zuchthengst Marquis eingegangen ist.

* **Münster,** 30. Nov. (Belohnte Ehrlichkeit.) Ein hiesiger Handwerksmeister hatte vor einiger Zeit eine Brieftasche mit 6000 Mark Inhalt gefunden, die eine Landwirtsfrau aus der Umgegend verloren hatte. Da der ehrliche Finder die Annahme einer Geldbelohnung abgelehnt hatte, ließ ihm die Landwirtsfrau jetzt zwei Zentner Kartoffeln und einen Sack Weizenmehl zukommen.

* **Kupferdreh,** 30. Nov. (Schüsse auf einen Güterzug.) Unweit des hiesigen Bahnhofes wurde ein von Werden kommender Güterzug aus dem Hinterhalt beschossen. Ein Schaffner wurde leicht verletzt. Die Täter, zwei jugendliche Burschen, sind leider unerkannt entkommen.

* **Düsseldorf,** 30. Nov. (Ein Dienstmädchen als Millionendiebin.) Aus der Wohnung einer vermögenden Dame der Steinstraße wurden am Nachmittag des 21. November von dem dort angestellten Dienstmädchen Martha Langen Bargeld, Schmucksachen, Pelze, Kleider, Wäsche, Handschuhe, Strümpfe und Stiefel im Werte von weit über eine Million Mark gestohlen. Das entwendete Bargeld beläuft sich auf über 23 000 Mark. Von den gestohlenen Schmucksachen hatte eine geschwärmte Goldkette mit einer mit drei Brillanten besetzten Uhr allein einen Wert von 30 000 Mark. Eine goldene Uhr, auf der eine Sonne eingraviert war, wurde mit 40 000 Mark bewertet, ein mit drei Brillanten besetzter Platinring (alte Form) mit 20 000 Mark. Der Wert der gestohlenen Pelzsachen ist mit 33 000 Mark angegeben worden, der einer Bettfeveile mit kostbaren Spitzen und Handstickerei mit 30 000 Mark. Die Täterin ist noch nicht gefaßt worden.

* **Cleve,** 30. Nov. (Verhafteter Goldschieber.) Hiesige Zollbeamte verhafteten einen auf der Reise nach Holland befindlichen deutschen Goldwarenhändler, der im doppelten Boden seines Koffers Goldwaren im Werte von einer halben Million Mark mit sich führte.

Gerichtssaal.

Verurteilter Landtagsabgeordneter.

Die Strafkammer Heilbronn verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Landtagsabgeordneten und früheren Stadtschultheißen Rapp von Kleingartach wegen Betrugs in sieben Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Rapp hatte unter dem Vorgeben, Landesprodukte einzukaufen, von einer Reihe von Firmen sich große Vorschüsse bezahlen lassen und die Aufträge nicht ausgeführt. Von dem Vergehen einer Amtsunterschlagung wurde er freigesprochen. Rapp gehörte dem Deutschnationalen Bauernbund an.

Todesstrafe für den Blaubart.

Im Pariser Prozeß Landru, der bekanntlich eine ganze Reihe von Frauen umgebracht haben soll, hat der 1. Staatsanwalt Dienstag den Strafantrag formuliert. Nach bestem Wissen und Gewissen, sagte er zu den Geschworenen, ersuche ich Sie um einen Urteilsspruch, der alle Schuldfragen ohne mildernde Umstände bejaht. Das bedeutet die höchste Strafe. Ich verlange also von Ihnen den Tod für den Mörder.

Mittwoch wurde der Frauenmörder zum Tode verurteilt.

Die Not der Kriegsopfer.

Durch die Presse ging neulich ein Bericht über das Reichsversorgungsgesetz und die Hinterbliebenen. In dem Bericht heißt es, daß das neue Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 zwar nicht alle Forderungen erfüllt, aber für die Beschädigten und Hinterbliebenen doch eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer vorher meist unzureichenden Bezüge gebracht habe.

Von welcher Seite solche Artikel in die Presse gebracht werden, ist für den Eingeweihten ganz klar. Es wird vermutlich dieselbe Stelle sein, die vor etwa Jahresfrist den famosen Artikel „Was leistet das Reich für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen?" in fast alle Zeitungen lancierte und in dem ausgeführt wurde, daß jeder Deutsche, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, fast 100 Mark im Jahr für die Kriegsopfer aufbringen müsse. Wie es in Wirklichkeit mit den Kriegsopfern aussieht, beweist nachstehender, der Nr. 22 des Zentralblatts für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene vom 16. Nov. 1921 entnommene Notschrei. Auch hier im Kreise Schwelm warten noch Hunderte von Kriegerwitwen auf ihre ihnen seit dem 1. April 1920 zustehenden Gebührnisse. Hätten die Hinterbliebenen diese vor 2 bis 3 Monaten gehabt, dann hätten sie das Geld noch zweckmäßig verwenden können. Jetzt, nachdem unsere Mark fast auf dem Nullpunkt angelangt ist, hat die Nachzahlung ganz erheblich an Wert eingebüßt. Und was die Kriegsbeschädigten betrifft, so brauchen die meisten von ihnen gar nicht so sehr auf eine schnelle Umanerkennung ihrer Versorgungsgebührnisse zu drängen, denn die Renten werden heruntergequetscht, daß die Beschädigten ihr blaues Wunder erleben werden. Das Gesetz in seiner jetzigen Fassung gewährt manchem Kriegsbeschädigten, der zeitlebens ein Krüppel bleibt, keinen Pfennig Rente mehr. Und nun zu dem Artikel selbst, der u. a. wie folgt lautet:

Des Vaterlandes Dank ist euch gewiß! Wer will bestreiten, daß dieses Wort heute nichts weiter ist als eine schöne Phrase, als einer Selbstbetrug? Was leistet das Reich für die Kriegsopfer? Es ist nicht wahr, daß durch die Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz die Versorgungsberechtigten vor Not geschützt werden! — Wahr ist vielmehr, daß die Renten des R. V. G., gemessen an der Goldmark von 1914, zum Teil ganz erheblich hinter den Renten des alten Gesetzes zurückbleiben. Beweis: Die Lebenshaltungsindexziffern legen den Bedarf von 1914 mit 100 fest; der gleiche Bedarf für 1921 machte für den Gesamtlebensaufwand den elffachen Betrag an Zahlungsmitteln notwendig. Die Rente für einen Gemeinen nach dem Gesetz von 1906 beliefe sich bei 100 % Beschädigungs-, Kriegszulage und Verstümmelungszulage auf 540 + 180 + 324 = 1044 Goldmark = 11 484 Papiermark, die 100 % Rente für einen Beschädigten mit einfacher Ausgleichzulage in Ortsklasse A beläuft sich heute auf 7521 Mark, dazu noch der Teuerungszuschuß von 900 Mark. Wahr ist weiter, daß die Kriegerhinterbliebenen elend verhungern müssen, wenn sie ausschließlich auf ihre Rente angewiesen sind. Oder will jemand mit gesundem Menschenverstand wirklich behaupten, daß eine durch Krankheit oder Kindererziehung erwerbsunfähige Witwe in Ortsklasse C ohne Ausgleichszulage mit — einhundertfünfundachtzig Mark 65 Pfg. auszukommen vermag? Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, daß die Rente das Existenzminimum deckt! — Wahr ist vielmehr, daß die Rente nur in den allergünstigsten Fällen (doppelte Ausgleichszulage und Ortsklasse A) das Existenzminimum der schlechtest entlohnten Beamtengruppe, der Gruppe I, überdeckt! Die Kriegsopfer haben das Recht zum Leben wie jeder andere Deutsche. Wenn sie im Dienst der Allgemeinheit Gesundheit oder Leben verloren haben, so müssen sie und ihre Angehörigen schadlos gehalten werden!

In ihrer bitteren Not wenden sich die Kriegsopfer an alle, die noch ein mitfühlendes Herz mit denen haben, die im Kriege alles aufs Spiel gesetzt und auch alles verloren haben. Urteilt nicht nach dem Schein! Die Not der Kriegsopfer kommt in den Organisationen in erschütternden Zuschriften zum Ausdruck. Die Kriegsopfer sinken hinab! Dieses Hinabsinken könnte aufgehalten werden, wenn die Regierung, die die Sachlage kennen müßte, der Reichstag, dem die großen Organisationen der Kriegsbeschädigten ihre mäßigen u. erfüllbaren Wünsche übermittelt haben, und die nicht kriegsbeschädigten Mitbürger ihre Pflicht den Kriegsopfern gegenüber täten. Doch Zeit darf nicht mehr verloren werden. Auf die im deutschen Volke lebenden starken sittlichen Kräfte setzen die Kriegsopfer in diesem Augenblick alle ihre Hoffnung!

Turnen, Sport und Spiel.

Die „sachkundigen" Zuschauer.

Wie bei uns in Deutschland, sind auch in Oesterreich die „sachverständigen" Zuschauer von Fußballspielen nicht immer mit den Entscheidungen des Schiedsrichters einverstanden. Während man aber früher mit mehr „innerlicher" Entrüstung darüber hinwegging, hat es sich jetzt leider herausgebildet, „handgreiflich" dem Schiedsrichter den Standpunkt klar zu machen, ein Verfahren, das in Deutschland auch hin und wieder angewandt wurde, und da es ohne Folgen für die Beteiligten blieb, sicherlich noch häufig geübt wird, wenn nichts dagegen geschieht. In Wien ist man letzthin etwas schlauer gewesen. Da ließ man einfach von der Polizei die sechs größten Schreier festnehmen, die dann wegen Erregung öffentlichen Aergernisses Verrestrafen von 24 Stunden bis zu acht Tagen erhielten. Manchem radaulustigen Zuschauer auf westdeutschen Sportplätzen könnte eine derartige Kur nichts schaden.

Vermischtes.

Opfer des Kletterns.

Kaum ist der Winter mit Schnee und Eis im Hochgebirge eingezogen, als er auch schon drei Opfer forderte. Der Wiener Bankbeamte Kurt Pollak hat eine Skitour auf die Schnee-Alm unternommen und ist hierbei zu Tode gestürzt. In den vereisten Wänden des Alpenvereinssteiges auf der Rax-Alpe stürzten Karl Weißker und Albert Czak ab. Ihre Leichen sind noch nicht geborgen, da sie wahrscheinlich vom nachtürzenden Schnee begraben wurden.

Gefährliche Abrüstung.

Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich bei der Munitionssprengung in Kelsterbach eine neue Explosion, über deren Ursache nähere Einzelheiten noch nicht bekannt geworden sind. Die Frankfurter Rettungswache schickte sofort zwei Wagen nach Kelsterbach, denen später noch drei Wagen folgten. Ein Mann wurde getötet, vier Personen erlitten schwerere und zwei leichtere Verletzungen.

Ein Laboratorium aufgeflogen.

Dienstag mittag ereignete sich eine Explosion in der Chemischen Fabrik Dusegang in Berlin-Weißensee. Das Laboratorium stand bald in Flammen. Später ist das Gebäude teilweise eingestürzt. Tot ist eine Arbeiterin; ein Arbeiter wurde schwer verletzt, er wurde ins Krankenhaus geschafft. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

Theater-Einsturz.

In Brooklyn ist ein Theaterbau eingestürzt. Man glaubt, daß 20 Arbeiter ihren Tod fanden.

Ein Kaiserschloß als Wer schnie.

Das ehemals kaiserliche Jagdschloß Letzlingen ist für 750 000 Mk. an die Freie Schul- und Werkgemeinschaft Neuhaldensleben verkauft worden. Die Kunstschätze des Schlosses sind zum Teil dem Jagdschloß Springe und zum Teil Museen überwiesen worden. An den Verkauf der Besitzung ist die Bedingung geknüpft, daß der Bau in seiner äußeren Gestalt erhalten bleibt.

Dänische Hilfe für Oppau.

Das deutsch-dänische Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Oppauer Unglücks überwies dem Reichshilfsausschuß für Oppau durch den deutschen Gesandten in Kopenhagen einen weiteren Betrag von 350 010,10 Mark. Das Gesamtergebnis der bisher in Dänemark zusammengelegten Beträge hat hiermit die Summe von 865 010,10 Mark erreicht.

Bahnunfall.

Berlin, 29. Nov. Nach einer Meldung aus Brüssel fand gestern ein Zusammenstoß zwischen dem Zug Brüssel—Antwerpen und einem anderen Personenzug bei der Station Duffel zwischen Mecheln und Antwerpen statt. Fünf Personen wurden getötet und 20 verletzt.

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Im altehistorischen Schloß der Esterhazy in Tallos, das nun zur Tschechei gehört, vermählte sich Gräfin Esterhazy mit ihrem Chauffeur, der ein nach Tallos verschlagener italienischer Kriegsgefangener Offizier adliger Abkunft ist. Er heißt Teresio und wurde in einer Isonzoschlacht gefangen. Da er Automobilist war, ließ man ihn in Esterhazy als Chauffeur zu.

Die Kultur ist gerettet.

Der erste frische russische Kaviar, der seit dem Kriege nach London gelangte, ist dorthin mit dem Flugzeug gebracht worden. Der kostbare Lecker-

dessen machte von Astrachan zunächst eine Getreide über das Kaspische Meer, kam dann zu Lande bis zum Schwarzen Meer, dann mit einem Schnelldampfer nach Konstantinopel, von dort mit dem Orient-Expreß nach Paris und weiter im Flugzeug nach London, wo sich im Savoy-Hotel die Feinschmecker zum ersten Male wieder an dieser Leckerei in einwandfreiem Zustand erfreuen können.

Kunst und Wissenschaft.

Besuchzahl der Universitäten.

Im Sommersemester 1920 war die Besucherzahl der deutschen Universitäten im Gegensatz zu dem vorhergegangenen Wintersemester nicht unerheblich gesunken. Im Wintersemester 1920/21 ist dagegen wieder eine geringe Steigerung der Zahl der Studierenden eingetreten. Mit Ausnahme von Königsberg waren im Wintersemester 1920/21 84 837 Studenten gegen 84 142 im Sommersemester immatrikuliert. Davon entfallen auf Berlin etwa 12 800 Studierende. Ueber 5000 Studenten haben ferner München, Leipzig, Breslau und Bonn. Ueber 4000 hat Köln, über 3000 Münster, Frankfurt, Würzburg, Halle, Hamburg, Göttingen, Freiburg i. B., über 2000 Studierende haben Tübingen, Heidelberg, Marburg, Jena, und zwischen 1000 und 2000 Kiel, Erlangen, Greifswald und Rostock.

Wirtschaftlicher Teil.

Das Reichsgericht über die Kriesnoten.

Das Reichsgericht hat in der Klagesache mehrerer Inhaber von Noten der polnischen Landesdarlehnskasse (Kriesnoten), die während des Krieges ausgegeben wurden und von denen noch 880 Millionen im Umlauf sind, in wesentlicher Bestätigung des kammergerichtlichen Urteils dahin entschieden, daß das Reich nicht verpflichtet ist, die Noten zum Nennwerte in deutscher Mark einzulösen.

Wie vor 2000 Jahren.

In einer Konferenz zwischen Vertretern der Landwirtschaft und der Braunkohlen-Stickstoff- und Kalindustrie in Halle wurde beschlossen, die Landwirte sollen Kali, Kohlen und Stickstoff direkt von den Fabriken geliefert bekommen und dafür Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchte wieder direkt an die Werke liefern. Sollte sich dieses Tauschverfahren bewähren, so ist für das nächste Jahr die Durchführung im Großen für das ganze Reich geplant.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für denjenigen Zahlungen	30. November Geld	30. November Brief	1. Dezember Geld	1. Dezember Brief
Holland 100 Gulden	98 49	98 89	98 31	98 71
Belgien 100 Frk.	18 31	18 49	18 35	18 55
Norwegen 100 Kr.	39 45	39 69	39 47	39 67
Dänemark 100 Kr.	51 98	52 30	51 98	52 30
Schweden 100 Kr.	6 88	6 92	6 88	6 92
Finnland 100 finn. M.	5 44	5 56	5 44	5 56
Italien 100 Lire	9 94	10 02	9 94	10 02
England 1 Pfd. St.	1 01	1 01	1 01	1 01
Amerika 1 Dollar	276 87	278 87	274 75	276 75
Frankreich 100 Frk.	19 10	19 14	19 08	19 12
Schweiz 100 Frk.	52 84	53 04	52 84	53 04
Spanien 100 Pes.	33 24	33 36	33 24	33 36
Oesterreich 100 Kr.	7 23	7 27	7 19	7 23

Für Kinder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

August Barth
Else Barth
geb. Weinreich
Vermählte.

Barmen
Gevelsberg 1. Dezember 1921.

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes und guten Vaters erwiesenen wohltuenden Teilnahme sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Robert Pieper,
Erich u. Hildegard Pieper.

Bekanntmachung.

Alle Ausstellungen von Tieren, Kleintieren, Hunden, Geflügel, Tauben, Kanarien usw. bedürfen der Anzeige bei der Ortspolizeibehörde, zwecks Ueberwachung durch den Tierarzt. (Kreistierarzt).

Gevelsberg, den 25. November 1921.

Die Polizei-Verwaltung: J. A. Müller.

Bekanntmachung.

Infolge den neuen am 1. Dezember in Kraft tretenden Kohlenpreise erhöhen sich unsere Verkaufspreise wie folgt:

Gas	von Mk. 1,20	auf Mk. 1,60	je cbm
Gaswertmarken	„ „ 1,25	„ „ 1,65	pro Stck.
Kraftstrom	„ „ 1,30	„ „ 1,70	je Kwst.
Lichtstrom	„ „ 2,25	„ „ 2,95	„
Wasser	„ „ 1,00	„ „ 1,20	„ cbm.

Gevelsberg, den 30. November 1921.

Städt. Betriebsamt: Pelz.

Amt Ennepe. — Kohlenverteilung.

Freitag, den 2. Dezember 1921: Kohlenverteilung zu Milspe in der bisherigen Weise.

Preise wie üblich.

Milspe, den 30. November 1921.

Ortskohlenstelle.

Union-Theater
Gevelsberg, Mittelstraße 102.
Dreitägiges Gastspiel
des Düsseldorfer Volkstheaters aus Düsseldorf.
Freitag, 2. und Samstag, 3. Dezember, abends 7½ Uhr:
Tännes, der Mann mit den 2 Frauen
oder
Eine lustige Doppelehe.
Schlagerburleske in 3 Aufzügen — gespielt von 14 Personen. — Spielleitung:
Heinrich Schmidt, der unübertreffliche Tännesdarsteller.
In Düsseldorf über 50 mal aufgeführt.
Sonntag:
Vollständig neues Programm.
Beachten Sie die Anzeige in der morgigen Ausgabe.

II. Geistliche Musikaufführung
in der evangl. Kirche Milspe, Sonntag, den 4. Dezember, nachm. 4½ Uhr, unter Mitwirkung des Chors der Westd. Lehrergemeinschaft und mehrerer Solistinnen.
Programme zu 2 Mk. bei Ad. Engel a. Sonntag a. d. Kirchentüren.

In Zigarren, Zigaretten und Tabaken
eignen sich unsere schönen
Geschenkpackungen
gut für den Weihnachtstisch.
Kaufen Sie früh ein bei
Gondrom & Co.
Gevelsberg, Hagener Straße 90.

KÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBÜCHERFABRIK
HANNOVER

Niederlage und Allein-Vertretung
für Gevelsberg und Umgebung
Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
GEVELSBERG, Mittelstr. 47
Fernsprecher 309.

la. Nußkohlen,
Hausbrandkohlen
liefert prompt franko Haus
C. Westermann, Kohlenhandlung.
Telephon 766. Telephon 766.

Sämtliche
Vereine, Verbände, Gesellschaften usw.
welche in unserer Zeitung inserieren, bitten wir ebenso höflich wie dringend, bei Anzeigen immer die genauen Adressen ihrer Kassierer auf den Manuskripten anzugeben. Es ist uns sonst für die Folge nicht mehr möglich, derlei Anzeigen ohne Vorausbezahlung anzunehmen. . . . . immer wieder stoßen wir bei d. Inkasso der Anzeigengebühren auf die größten Schwierigkeiten. Dauernd müssen die Kassierer unnütze Wege zurücklegen, ehe dieselben die maßgebende Persönlichkeit des betr. Vereins usw. gefunden haben.
Geschäftsstelle der Gevelsberger Volkszeitung.



Die Milsper Rodelbahn
in einem Schaufenster der
Adler-Drogerie Hermann Fischer
ist eröffnet.
Prächtige Weihnachtsdekoration!
Bengalisch erleuchtete Höhle, Eskimo-Käufer, Windmühlen u. Wasserräder, rodelnde Knaben und Mädchen. — Alles entwickelnder Dunkelheit alles in munterer, lebhafter Bewegung und feenhafter Beleuchtung.

3. Winter-Vortrag
in der Aula des Realgymnasiums
am Freitag, 2. Dezbr. 1921,
abends 8¼ Uhr:
„Messias"
von Händel,
(mit Darbietungen am Klavier und für Alt und Tenor).
Redner: Herr Geheimrat Professor D. Smend-Münster
Einzelkarte 6 Mk. Schüler 2.50 Mk.

Auf Teilzahlung
erhalten ehrl., zahlungsfähige Leute
Herren- u. Burschen-Anzüge, Paletots, Ulster, Schlüpfer, sowie Gummi- u. Lodenmäntel und Manufakturwaren.
M. Seibert, Schwelm, Oststraße 19.

Drucksachen liefert schnell, sauber u. billig Ph. Baltin, Mittelstraße.


Qualitäts-Kaffee
finden Sie stets frisch gebrannt und preiswert bei
Ww. Ernst Schulte, Milspe.

Fabrikgeschäft sucht zum sofortigen Eintritt
Kontorist
oder
Kontoristin.
Perfektes Maschinenschreiben und Stenographie erforderlich, sowie Bewährung im Einkauf tätig zu sein.
Briefe mit Zeugnisabschriften sowie Gehaltsansprüche u. X. Y. 100 an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erbeten.

Tüchtiges Dienstmädchen
bei guter Behandlung und guter Lohn in Wirtschaftshaushalt sofort gesucht.
Treptau, Barmen, Westkotterstr. u. Mühlenweg-Ecke.

Fuhrknecht
gesucht.
Seelendehl & Bürk
Milspe.

Gute Gitarre-Zither
mit Noten für 60— Mk. zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Guter, aber noch gebrauchter gußeiserner Ofen (mit Rohren) oder gut erhaltenes Eisenbett mit Sprungrahmen und Matratze zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. W. B. 100 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Guterhalt. Reitpferd
zu kaufen gesucht.
Kampstraße

Nähmaschinen
auch reparaturbedürftige
Masch.-Laden Hagen
Mauerstraße 1.

Sinner Backpulver Para-Likör
die allgemein beliebten Qualitäts-Marken!